

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 27. Oktober 1950

Nummer 44

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

„Dies ist nicht die Zeit für Geschäfte wie sonst“

Das Wort des amerikanischen Präsidenten: „This is not the time for business as usual“, das er in seinem Halbjahresbericht über die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten am 26. Juli dieses Jahres zum Kongreß sagte,¹⁾ steht auch über der Wirtschaft der gesamten westlichen Welt — oder sollte doch darüber stehen. Die Vorstellung, als ob irgendwelche Länder des westlichen Blockes, und vielleicht gerade die politisch gefährdetsten, nach dem Schema des „neutralen“ nationalwirtschaftlichen „Kriegsgewinnlers“ der beiden Weltkriege unter der Devise: „business as usual“ von der Sicherungs- und Rüstungskonjunktur des Westens, die durch den Koreafall ausgelöst worden ist, einseitig nur Nutzen ziehen könnten, verkennt auch die rein wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Auf dem Wege zu „normalen“ Wirtschafts- verhältnissen

Zunächst war die westliche Welt in den bisherigen Jahren nach dem zweiten Weltkrieg bestenfalls auf dem Wege zu wieder normalen Wirtschaftsverhältnissen, aber keineswegs schon bei ihnen angelangt, mag auch schon da und dort eine Oase des „business as usual“ wieder entstanden worden sein. Und noch weniger war entschieden, ob der Zustand „normaler“ Wirtschaftsverhältnisse, d. h. ein Zustand ohne ein ausgebautes System staatlicher Interventionen, wie er in etwa vor 1914 bestand, überhaupt wieder annähernd hätte erreicht werden können. Im Gegensatz zu der Wirtschaftsentwicklung nach dem ersten Weltkriege war am Ende des zweiten die Umstellung von der Kriegswirtschaft auf die Wiederaufbauwirtschaft ohne schwerere Krisenerscheinungen gelungen; die gegenüber 1919/21 bessere Beratung der Wirtschaftspolitik zusammen mit einer bewußt weniger inflatorischen Finanzpolitik während des zweiten Krieges, die natürlich auch weniger deflationsanfällige Nachkriegsverhältnisse hinterließ, vor allem in den westlichen Staaten, darf sich einen guten Teil dieses Erfolges zugute schreiben. Die zweifellos erheblich schwierigere Aufgabe der Umstellung der Wiederaufbauwirtschaft auf „normale“ Friedenswirtschaft war jedoch bis Mitte 1950 im ganzen Westen noch keineswegs gelöst.

Seit 1948 begann sie sich auch in der praktischen Wirtschaftspolitik mehr und mehr abzuzeichnen: in den Vereinigten Staaten zumindest mußte seither die staatliche Wirtschaftspolitik mit dem Problem ringen, wie die Wirtschaft von dem in der Wiederaufbauzeit überhöhten Investitionsniveau wieder auf ein Investitionsniveau umgestellt werden kann, das einer normalen Wachstumsrate entspricht, ohne daß die Verringerung der Investitionen auf dieses Niveau

einen Ausfall in der Gesamtnachfrage und damit eine deflatorische Krisenspirale erzeugt. Vor allem durch systematische, aber sorgfältig dosierte Steigerung des Verbrauchs, der allein jenes Investitionsdefizit in der Gesamtnachfrage decken kann, ist dort seit Ende 1948 zweifellos ein beachtlicher Erfolg errungen worden. Von einer endgültigen Lösung dieses Problems, das in der bisherigen Konjunkturgeschichte stets nur durch den „freien“, aber kostspieligen Mechanismus der Krise schließlich bereinigt (kaum aber „gelöst“!) worden war, war man jedoch auch im Frühjahr 1950 in den Vereinigten Staaten noch weit entfernt. Noch mehr gilt dies für die übrige westliche Welt — einschließlich der Bundesrepublik —, wo die wirtschaftliche Entwicklung meist noch nicht einmal soweit vorgeschritten war, daß man an dieses Problem herangekommen wäre.

Mit dieser Annäherung der wirtschaftlichen und konjunkturpolitischen Entwicklung an die Schwelle des Bereichs „normaler Wirtschaftsverhältnisse“ wurden auch alle Probleme der Ordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen akut, die durch zwei Kriege und die mit ihnen und durch sie eingetretenen Störungen noch immer aufs tiefste zerrüttet sind: das Problem frei konvertierbare Währungen oder Fortführung der Devisenbewirtschaftung der autonomen Währungspolitik, das Problem der Liberalisierung und des Zollabbaus, das Problem der freien Kapitalausfuhr, das Problem der standortsrichtigen, großräumigen Integration (Europabewegung, Schuman-, Stikker-, Petsche- und Pella-Plan) u. a. m. Es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß alle diese Probleme schon deshalb für eine Lösung reif gewesen wären, weil sie allen Wirt-

¹⁾ The Midyear Economic Report of the President, transmitted to the Congress, July 1950. Together with a Report to the President: The Economic Situation at Midyear 1950, by the Council of Economic Advisers, Washington, 1950.

schaftspolitikern nun auf den Nägeln brannten. —

Die neue Rüstungskonjunktur nun hat die gesamte westliche Weltwirtschaft der Notwendigkeit, diesen Problemen scharf ins Auge zu sehen, vorläufig wiederum enthoben. Aber die Lösung dieser Probleme ist nur verschoben und nicht aufgehoben. Infolge der neuen Rüstungskonjunktur ist sogar zu erwarten, daß sie sich nach dem sicher einmal auftretenden Abebben dieser Spezialkonjunktur nur in noch größeren Proportionen neu stellen und noch schwieriger, als es jetzt der Fall gewesen wäre, zu lösen sein werden.

Die Besonderheiten der Wiederaufbaukonjunktur

„Business as usual“ war nach dem zweiten Weltkrieg also noch nicht einmal richtig erreicht worden. Worin zeigte sich dies praktisch?

Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten (und vielleicht der Schweiz) war bis Mitte 1950 wohl noch in keinem vom Krieg mittelbar oder unmittelbar betroffenen Lande ein „Gleichgewicht“ in dem Sinne wieder erreicht worden, daß nicht infolge der vorausgegangenen Entbehrungen und Zerstörungen an Verbrauchsvermögen sowie infolge Verlusten an Produktionskapazitäten sowohl eine sehr große, das „Normale“ übersteigende Konsumneigung als auch ein ganz erheblicher über das „Normale“ hinausgehender Investitionsbedarf bestand, womit Verbrauch und Investitionen zusammen über das gesamte verfügbare Sozialprodukt hinauszuwachsen strebten. Mit anderen Worten ausgedrückt, bestand eine Situation des „Untersparens“ und des „Überinvestierens“. In einer solchen Lage gibt es, wenn die Kreditpolitik nicht durch Verweigerung der für jede Expansion der Güterwirtschaft nötigen begleitenden Erweiterung des Geldvolumens den Aufstieg überhaupt inhibieren will, kaum ein wirksames Mittel gegen anhaltende Preissteigerung, die mit jener Situation gegeben ist, als die Fortsetzung einer gewissen Bewirtschaftung, die letzten Endes die „zu hohe Konsumneigung“ bekämpft und einen größeren Teil des Einkommens, als dies ohne solche Maßnahmen zu erwarten wäre, in das Sparen leitet. Die gewiß starke amerikanische Wirtschaft hat — ganz aus diesen Zusammenhängen heraus — erst Mitte 1946 den

Schutzpanzer der Bewirtschaftung abgeworfen, die bedeutenderen westlichen Staaten Europas haben ihn jedoch bis zur Mitte des Jahres 1950 höchstens vermindern können. Nur die Erreichung eines wieder ausreichenden Lebensstandards kann ein derartiges vorsichtiges Verhalten ganz entbehrlich machen, es sei denn, man hält den Mantel des Geld- und Kreditvolumens so kurz, daß die in der aufgezeigten Situation enthaltene Dynamik sich überhaupt nicht durchsetzen kann, also der Aufbau verlangsamt wird, wodurch der Preisauftrieb gebremst, aber auch Arbeitslosigkeit erzeugt wird. Dies ist dann der Preis für die Schaffung von Oasen des „business as usual“ in einer im ganzen durchaus nicht normalen Situation.

Für eine „Vollbeschäftigungspolitik“ klassischen Stils (der dreißiger Jahre) ist dies andererseits nun auch wieder nicht eine geeignete Ausgangssituation: der Wirtschaft muß heute das Geld ja nicht aufgedrängt werden, wie damals. Sie würde eher mehr nehmen, als die Gesamtwirtschaft verdauen kann. Aber noch weniger ist Kreditrestriktion das therapeutische Mittel in einer solchen Lage, da ja der Preisauftrieb nicht primär in „Zuviel Geld“, sondern in der hohen Konsumneigung und dem zugleich hohen Investitionsbedarf seine Wurzeln hat. Die hohe Konsumneigung kann durch Kreditrestriktion kaum nennenswert beeinflußt werden; die Investitionen allerdings sehr; aber ihre Drosselung würde gerade das, was letzten Endes die einzige Therapie darstellt, den Ausbau der Produktionskapazitäten, beeinträchtigen.

Alle Problematik konzentriert sich in solcher Lage auf die sog. Engpässe. Denn der mit gleichzeitig hohem Konsum und hoher Investition unvermeidbare Preisauftrieb, der an sich unbedenklich, ja — wie in jedem Aufschwung — nötig ist, um den ganzen nach oben gerichteten Entwicklungsprozeß in Gang zu bringen und zu halten, wird erst dann bedenklich (weil güterwirtschaftlich ohne Effekt!), wenn er sich an solchen Engpässen stößt, ohne sie beseitigen zu können. Solche Engpässe verschiedenster Art waren und sind noch immer reichlich und mit dem starken Produktionsanstieg der letzten Monate neuerdings wieder in wachsender Zahl vorhanden.

Die Abhandlung wird fortgesetzt.

Die Stellung des Handwerks in der sowjetischen Besatzungszone

Das Handwerk in der sowjetischen Besatzungszone umfaßte 1949 304000 Betriebe, etwa um 6 vH weniger als vor dem Kriege (1939 : 322000). Die Zahl der im Handwerk der Sowjetzone Beschäftigten war 1949 etwa die gleiche wie 1939 (rund 980000). Berücksichtigt man jedoch, daß seit dem Kriege die Bevölkerungszahl der Sowjetzone durch den Flüchtlingszustrom erheblich gestiegen ist, so drückt eine unverändert gebliebene Beschäftigtenzahl einen tatsächlich eingetretenen relativen Rückgang aus. Noch deutlicher kommt diese Verringerung des Anteils am volkswirtschaftlichen Schwergewicht, die das mitteldeutsche Handwerk inzwischen erlitten hat, im Rückgang seines Umsatzvolumens zum Ausdruck. Hinter der nominellen Zunahme der Umsatzwerte verbirgt sich, wenn man die inzwischen eingetretene Preissteigerung berücksichtigt, ein realer Umsatzrückgang auf die Hälfte des Vorkriegsstandes. Die entscheidende Wandlung im Handwerk der sowjetischen Besatzungszone besteht jedoch in einer grundsätzlichen Veränderung der Stellung des Handwerks gegenüber dem Funktionsbild, das früher für typisch angesehen wurde, und zwar sowohl im Bereich der Produktion wie der Distribution.

Es ist nicht das erste Mal, daß das Handwerk eine revolutionäre Epoche durchstehen muß. So engte die große Industrialisierungswelle des 19. Jahrhunderts seinen Bereich relativ ein. Im ganzen aber vermochte damals das Handwerk,

wenn auch unter gewissen strukturellen Anpassungen, in seinem neu umgrenzten Bereich seine Stellung zu behaupten. Die moderne Technik entzog dem Handwerk nicht nur frühere Tätigkeitsgebiete, sondern eröffnete ihm auch neue

Bereiche, insbesondere im Zulieferungs-, Dienstleistungs-, Reparatur- und Hilfgewerbe. Kleinmaschine und Elektromotor schufen dem Handwerk neue technische Möglichkeiten. Entscheidend war, daß die lebendige Grundlage des Handwerks unangetastet blieb: die Möglichkeit zu schöpferischer Initiative. Der moderne Handwerksmeister, der im Erwerbsstreben alle im Rahmen der modernen Industriewirtschaft bestehenden und neu auftretenden handwerklichen Betätigungsmöglichkeiten aufmerksam wahrnimmt, war aus unserer Wirtschaft nicht wegzudenken. Unter Ausnutzung aller in der freien Konkurrenzwirtschaft gegebenen Chancen auf dem Güter-, Arbeits- und Kapitalmarkt gelang es in zahlreichen Fällen einzelnen Handwerksmeistern, in die Schicht der industriellen Unternehmer aufzusteigen.

Im sowjetischen Wirtschaftssystem ist für diese Erscheinungsform des Handwerks kein Platz. Nach der sowjetischen Doktrin ist das freischaffende Handwerk ein Reservoir des immer wieder nachwachsenden „Kapitalismus“, das im Interesse der Entfaltung des „Sozialismus“ beseitigt werden muß. In der Sowjetunion¹⁾ „gibt es keine privaten Werkstätten, die Lohnarbeiter beschäftigen“, d. h. keine vollentfalteten selbständigen Handwerksbetriebe mit Meister, Gesellen und Lehrlingen. Lediglich die Schrumpfform des Ein-Mann-Betriebes (allenfalls mit mit-helfenden Familienangehörigen) ist dort vorhanden: „In den Städten gibt es noch Schneider, Uhrmacher, Stickerinnen usw., die über eigene kleine Werkstätten verfügen, in denen sie allein oder mit Unterstützung ihrer Familienmitglieder arbeiten. Aber die Zahl dieser Werkstätten ist sehr klein.“ Die charakteristische Erscheinungsform des Handwerks in der Sowjetunion ist nicht dieser künstlich am Wachstum verhinderte Einzelbetrieb, sondern die Produktivgenossenschaft, das sog. Artel.

Ganz abgesehen davon, daß dem russischen Volk über den Mir, die alte Dorfgemeinschaft, schon vor 1917 kollektivistische Gedankengänge vertraut waren, konnte die sowjetische Wirtschaftspolitik bei der Kollektivierung des Handwerks an die Artels (Produktivgenossenschaften) der russischen Handwerker des 19. Jahrhunderts anknüpfen²⁾.

In der sowjetischen Besatzungszone fehlt diese produktivgenossenschaftliche Tradition. Die sowjetische Verwaltung ist daher genötigt, zunächst einmal die Schrumpff-Form des selbständigen Handwerkertums (Ein-Mann-Betriebe, Kleinstbetriebe) herbeizuführen, die bisher wie die folgende Übersicht zeigt, noch in keiner Branche der bestehenden Struktur des mitteldeutschen Handwerks entspricht.

Anfang 1947 waren in den Handwerksbetrieben der Sowjetzone im Durchschnitt beschäftigt:

Im Maschinenbau- und Metall-	
bearbeitungshandwerk	3,8 Pers.
Im Elektrophandwerk	4,4 „
Im feinmechanischen und optischen	
Handwerk	2,9 „
Im glasverarbeitenden und keramischen	
Handwerk	4,5 „
Im Textilhandwerk	3,0 „

Im Bekleidungs-, Schuh- und Leder-	
handwerk	1,8 Pers.
Im holzverarbeitenden Handwerk ...	2,8 „
Im Bau- und Baunebengewerbe	5,7 „
Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	2,7 „
In den sonstigen Handwerksgruppen .	4,0 „
Im gesamten Handwerk	3,1 „

Erst die künstlich eingeeengte Form des Ein-Mann-Betriebes würde für die sowjetische Verwaltung die Grundlage abgeben, von der aus sie die deutschen Handwerker zu der künstlich erweiterten kollektivistischen Form der Produktivgenossenschaft hinführen kann.

Die erste Stufe dieses Prozesses ist an den gesetzgeberischen Maßnahmen der letzten Zeit deutlich erkennbar. Der Grundgedanke, der in den verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen der Sowjetzonenverwaltung immer wieder zum Ausdruck kommt, ist die Einengung der Bewegungsmöglichkeiten des selbständigen Handwerkers.

Auch in der freien Wirtschaft ist der selbständige Handwerker gehalten, seinen Gesellen und Lehrlingen die tariflich festgelegten Löhne zu zahlen. Dies gehört wesentlich mit zur Gleichheit der Startbedingungen für einen gesunden Wettbewerb. Das Lohnniveau wird dabei entscheidend beeinflusst von der Effizienz des gesamten Wirtschaftssystems.

Anders dagegen bei den Preisen. Hier trägt die freie Wirtschaft den besonderen Verhältnissen des Handwerks Rechnung. Als Anbieter von Wertschöpfungen, die oft den Charakter der Einmaligkeit und der Individualleistung tragen, hat das Handwerk ein natürliches Interesse daran, daß seine Preisgestaltung nicht stärker eingeeengt wird, als sich aus dem Wettbewerb der Handwerksbetriebe untereinander und aus dem allgemeingültigen Verbot von Preisübertreibungen ergibt.

Das Handwerk in der sowjetischen Besatzungszone

	Maßeinheit	1936	1939	1946	1947	1949
Handwerksbetriebe	1000	•	322	281	306	304
Beschäftigte im Handwerk	1000	•	980	873	1059	976
Umsatz des Handwerks	Mill. RM/DM	3265	•	2613	3431	3763
desgl. in Preisen von 1936	Mill. RM	3265	•	•	•	1710
desgl. 1936 = 100	•	100,0	•	•	•	52,4

Im Gegensatz zu dieser relativen Bewegungsfreiheit für die Preisgestaltung des Handwerks in der freien Wirtschaft geht die Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone einen anderen Weg. Sie hat für die von ihr als „ständig wiederkehrende gleichartige handwerkliche Leistung“ angesehenen Wertschöpfungen Preislisten, sog. „Regelleistungspreise“ aufgestellt, die nicht überschritten werden dürfen (Höchstpreise). Bei der Preisermittlung für alle übrigen Leistungen ist das Handwerk an ein von der Zonenverwaltung aufgestelltes Kalkulationsschema gebunden, wobei dem Handwerk auch die Nachweispflicht zufällt¹⁾.

Sehr viel einschneidender ist aber die völlige Beseitigung der Materialbeschaffungs- und vor allem der Absatzinitiative des mitteldeutschen Handwerks. Das seit Mitte 1949 in Kraft befind-

¹⁾ W. Michailow: „Gibt es in der Sowjetunion Handwerker und wie arbeiten sie?“ Tägliche Rundschau, 5. 9. 1950.

²⁾ Vgl. v. Schulze-Gävernitz: „Volkswirtschaftliche Studien aus Rußland.“ Leipzig 1899, S. 5 und S. 217.

¹⁾ Verordnung über die Preisbildung im Handwerk. Vom 15. Juni 1950. Gesetzblatt der DDR 1950, S. 510 und zahlreiche einzelne Preisverordnungen.

liche Vertragssystem hatte bereits die Produktion der bis dahin außerhalb der Plan-
auflage stehenden Mittel- und Kleinbetriebe
(also außer dem Handwerk auch die Privat-
industrie) mit den Betriebsleistungen der ver-
planten Großbetriebe so weitgehend verkoppelt,
daß sie Rohstofflieferungen nur dann erhielten,
wenn sie sich als Zulieferer für die — über-
wiegend volkseigenen — Großbetriebe ver-
dingten¹⁾.

Durch den Volkswirtschaftsplan 1950 ist diese
Abhängigkeit des Handwerks wie auch der Pri-
vatindustrie und der Genossenschaften von den
volkseigenen Betrieben und sowjetischen Aktien-
gesellschaften noch weiter verstärkt worden.
Obwohl, formaljuristisch gesehen, sich heute in
der Sowjetzone die zuliefernden Privatbetriebe
und die auftraggebende öffentliche Wirtschaft als
„gleichberechtigte“ Vertragspartner gegenüber-
treten, handelt es sich in Wirklichkeit um eine
ausgesprochene *societas leonina*, ein einseitiges
Macht- und Herrschaftsverhältnis. Die private
Wirtschaft ist nämlich entscheidend auf öffent-
liche Aufträge und Rohstoffzuteilung angewiesen.
Ob die Offerte eines Handwerksbetriebes von
dem volkseigenen Betrieb oder der SAG, an die
er sich wendet, angenommen wird oder nicht,
steht völlig im Belieben des betreffenden öffent-
lichen Betriebes. Für den kleinen Privatbetrieb
bedeutet dies aber praktisch die Entscheidung
über sein Weiterbestehen.

Je mehr sich im Laufe der Zeit diese Abhängig-
keit des Handwerks — und auch der kleinen
Privatindustrie — von den Entscheidungen der
übermächtigen öffentlichen Wirtschaft auswirkt,
desto mehr sinkt in der sowjetischen Besatzungs-
zone die gesamte Privatwirtschaft auf eine Stufe
ab, auf der sie ihre Dispositionsbefugnis verliert
und lediglich einen reglementierten Bestandteil
der Staatswirtschaft darstellt.

Regionale Gliederung des Handwerks in der sowjetischen Besatzungszone (1947)

L a n d	Betriebe in 1000	Beschäftigte in 1000	Jahres-Umsatz in Mill. RM
Brandenburg	47,0	136,5	442,0
Mecklenburg	31,1	95,3	362,6
Sachsen-Anhalt	66,4	266,6	880,0
Thüringen	61,2	190,0	544,7
Sachsen	100,1	371,0	1201,5
Zusammen	305,8	1059,4	3430,8

Das am 9. August 1950 erlassene „Gesetz zur
Förderung des Handwerks“²⁾ verankert diese
Tendenz ganz unverkennbar. Es unterstreicht die
Abhängigkeit des Handwerks von dem oben be-
schriebenen System der Zulieferungsverträge, in-
dem es ausdrücklich vorschreibt: „Die Beziehun-
gen zwischen dem Handwerk und der übrigen
Wirtschaft sind durch Verträge zu regeln“ und
indem es hinsichtlich der Materialbeschaffung auf
das staatlich gelenkte Zuteilungssystem verweist.

¹⁾ Wochenbericht des DiW, 17. Jg., Nr. 6, vom 4. 2. 1950.

²⁾ Gesetzblatt der DDR 1950, S. 827.

Das neue „Gesetz über die Steuer des Hand-
werks“¹⁾ begünstigt durch die neugeschaffene
„Handwerkssteuer“, die in der Form eines von
der Leistung des Betriebes unabhängigen Grund-
betrages plus eines an der Lohnsumme der be-
schäftigten Arbeitskräfte orientierten Zuschlages
festgesetzt wird, auf der einen Seite die Aus-
schaltung der am wenigsten leistungsfähigen
„Grenzbetriebe“. Vor allem aber schafft es durch
die neue Besteuerung einen starken Druck in der
Richtung des Überganges zu der Schrumpf-Form
des Ein-Mann-Betriebes (gegebenenfalls mit mit-
helfenden Familienangehörigen). Durch diese
progressive Besteuerung der mit fremden Ar-
beitskräften arbeitenden Betriebe trägt die Ver-
waltung der sowjetischen Besatzungszone der
oben erwähnten „antikapitalistischen“ Doktrin
Rechnung, die die Abschneidung aller Möglich-
keiten des Nachwachsens eines neuen Unter-
nehmertums fordert.

Diese Maßnahmen haben eine unvermeidbare
Auswirkung auf die soziale Struktur Mittel-
deutschlands. Durch die sich ergebende Ein-
engung des Handwerks wird die Volkswirtschaft
im ganzen unelastischer: durch die Ausschaltung
der „Grenzbetriebe“ wird eine soziale Rückzug-
stellung beseitigt, die in Krisenzeiten zahlreichen
Existenzen eine gewisse soziale Sicherheit bot, da
bei ungünstiger Konjunktur das Handwerk, ins-
besondere der Familienbetrieb, sich zeitweilig
mit einem geringeren Einkommen zu begnügen
vermag.

Fachliche Gliederung des Handwerks in der sowjetischen Besatzungszone

Handwerksgruppen	Betriebe Anfang 1947	Beschäftigte Anfang 1947	Jahres- Umsatz 1946
	in 1000	in 1000	in Mill. RM
Maschinenbau, Metall- bearbeitung	37,8	142,9	386,1
Elektrohandwerk	7,2	31,6	95,5
Feinmechanik u. Optik	5,9	16,9	63,0
Glas und Keramik	2,3	10,3	34,5
Textilhandwerk	0,4	1,3	8,0
Bekleidung, Leder und Schuhe	93,4	163,6	327,0
Holzbearbeitung	26,6	73,7	241,0
Bau- u. Baunebengewerbe	37,4	212,8	428,1
Nahrungs- u. Genußmittel	44,7	120,5	871,7
Sonstige	25,1	100,1	158,2
Insgesamt	280,8	873,7	2613,2

Noch bedeutsamer als diese Beschneidung des
Handwerks nach unten ist das Beschneiden seiner
Wachstumsmöglichkeiten nach oben. Ob die
mitteldeutsche Handwerkerschaft in dieser
Zwangslage den zweifellos von sowjetischer Seite
gewünschten Ausweg der Kollektivierung in der
Form des Artels (Produktivgenossenschaft) be-
schreiten wird, muß die zukünftige Entwicklung
zeigen. Es würde bedeuten, daß auf den Verlust
der Dispositionsbefugnis die Expropriation, d. h.
der Verlust des Eigentums, folgt.

¹⁾ Vom 6. September 1950, Gesetzblatt der DDR 1950, S. 967.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6 und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6.
Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig,
Prof. Dr. Bruno Kiewewetter, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahnke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde,
Geranienstraße 2. B234 ISB, Berlin. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschl. Zustellung im Inland) DM 20.—, halbjährlich DM 11.—, vierteljährlich DM 6.—.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit †)	1949								1950							
			June	July	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	June	July	August	
Anzahl der Werktage:			24,5	26	27	26	26	25,5	26	26	24	27	23	24	25,5	26	27	
Bank deutscher Länder																		
Guthaben bei ausl. Banken ¹⁾	DBR	Mill. DM	E	1335,8	1221,7	1123,1	990,1	1070,3	986,6	833,9	724,6	642,5	657,6	803,4	892,7	1161,5	1317,8	1321,4
Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts (Aktiva)	"	"	"	1521,4	1380,3	1440,7	1057,6	1120,3	1045,9	755,2	913,3	528,5	519,5	482,9	417,6	¹³⁾ 20,9	¹³⁾ 19,6	¹³⁾ 26,2
Wechsel und Schecks	"	"	"	664,7	798,7	1309,2	1621,0	2103,5	2505,3	2820,5	2946,6	2883,0	3139,8	3010,9	2850,1	¹⁴⁾ 2739,1	¹⁴⁾ 2667,8	¹⁴⁾ 2480,2
Lombardforderungen	"	"	"	887,9	1000,7	983,4	1130,9	1035,6	1144,9	1463,9	1491,8	1618,1	1458,4	1152,7	1098,6	1533,0	1417,2	1376,6
Forderung geg. d. öff. Hand	"	"	"	5638,5	5691,4	5695,5	5663,8	5848,5	5613,9	5875,7	5776,2	5837,2	5696,4	5808,1	5804,6	5776,5	5911,6	5893,8
Einlagen, insgesamt	"	"	"	1165,3	1178,8	1147,4	997,5	1082,1	993,6	860,1	1151,0	1123,3	955,9	779,5	949,4	¹⁵⁾ 2791,7	¹⁵⁾ 2674,3	¹⁵⁾ 2535,0
Zahlungsmittelumlaufl ²⁾	"	"	"	6974,0	7107,4	7222,3	7453,2	7476,9	7386,0	7737,5	7609,7	7689,8	7828,3	7981,1	7936,4	¹⁶⁾ 8238,0	¹⁶⁾ 8166,0	
Geldvolumen³⁾																		
Insgesamt	DBR	Mill. DM	S	20520	20944	21218	21480	22298	22528	22539	22991	23376	23744	24409	25097	¹⁷⁾ 27143	¹⁷⁾ 27429	.
dar. Bankeinlagen	"	"	"	13776	13931	14040	14040	14830	14940	14807	15252	15605	15699	16351	17008	¹⁸⁾ 18858	¹⁸⁾ 19174	.
dar. Sichteinlagen	"	"	"	7258	7160	7440	7643	7966	7980	7991	7589	7402	7476	7708	8017	¹⁹⁾ 7940	.	.
Nichtausgewies. öff. Giroguthab.	"	"	"	191	325	363	411	408	610	402	540	481	625	498	580	557	437	.
480 Kreditinstitute⁴⁾																		
Einlagen	DBR	Mill. DM	E	5087,5	4972,5	5014,7	5134,3	5199,1	5179,5	5319,0	5148,8	5257,1	5274,1	5474,5	9591,5	9620,0	9985,9	10469,7
Kurzfristige Forderungen	"	"	"	1604,2	1812,7	2007,3	2126,4	2432,8	2611,2	2611,0	2610,7	2659,4	2666,9	2599,9	7703,9	7836,8	7942,0	8100,5
Wechsel, insgesamt ⁵⁾	"	"	"	1079,5	1164,1	1080,1	1097,4	933,0	777,3	893,7	878,2	887,8	907,2	970,5	2760,6	2818,3	2879,2	2880,3
Schatzwechsel u. unverz. anweis.	"	"	"	9,7	9,6	35,9	33,7	55,5	110,3	95,8	94,2	99,8	124,5	159,4	360,2	385,7	353,4	302,3
Überschufsreserve ⁶⁾	"	"	"	281,4	140,2	127,3	169,8	102,5	87,1	154,7	95,9	74,0	78,3	99,8	84,0	65,6	86,8	60,4
Finanzen																		
Kassenmäß. Einnahm. a. Steuern, Zöllen und Abgaben, insgesamt ⁷⁾	DBR	Mill. DM	S	1224,1	1369,5	1224,1	1090,8	1449,1	1300,3	1241,6	1551,1	1163,7	1272,8	1208,2	1099,4	1273,7	1065,7	1051,9
Besitz- und Verkehrsteuern ⁸⁾	"	"	"	861,5	1060,8	859,4	747,9	1087,7	907,5	860,3	1188,8	841,7	866,9	947,6	757,9	920,8	686,1	654,9
Lohnsteuern	"	"	"	171,9	173,8	175,6	177,4	181,1	176,0	170,1	200,6	183,2	181,8	171,3	155,8	76,4	63,2	87,7
Veranl. Einkommensteuern	"	"	"	166,9	285,2	163,5	135,7	274,1	166,5	130,9	266,6	146,3	149,6	207,2	109,0	217,5	83,6	53,1
Umsatzsteuern	"	"	"	313,6	317,6	323,3	271,7	356,1	360,7	361,9	427,7	323,6	321,8	⁹⁾ 356,1	329,5	340,9	383,2	381,7
Körperschaftsteuern	"	"	"	98,7	177,8	97,1	85,3	180,0	100,3	89,2	145,6	79,5	108,1	127,7	56,9	191,0	39,7	22,6
Zölle und Verbrauchsteuern	"	"	"	362,6	308,7	364,7	342,9	361,4	392,8	381,3	362,3	322,0	405,9	233,6	341,5	352,9	379,6	397,0
Spareinlagen																		
Insgesamt	DBR	Mill. DM	S	2469,2	2584,4	2684,6	2751,3	2821,1	2901,5	3060,6	3240,2	3376,5	3498,3	3610,7	3702,3	²⁰⁾ 3825,0	3855,0	.
dar. Kreditbanken	"	"	"	231,6	242,1	253,2	264,7	276,5	287,5	310,9	329,6	347,0	361,9	375,5	388,2	410,1	416,3	.
Sparkassen	"	"	"	1703,8	1784,9	1849,5	1888,6	1932,4	1984,5	2088,0	2206,5	2296,8	2379,8	2457,6	2520,4	2599,1	2614,6	.
Kreditgenossenschaften	"	"	"	410,8	426,5	443,6	455,8	468,5	483,0	511,4	542,0	562,3	578,4	593,2	604,1	618,3	622,7	.
Postspark. u. Postscheckk.	"	"	"	76,5	82,8	88,1	91,1	92,1	93,7	94,4	103,3	109,5	115,5	119,4	123,5	130,7	133,3	.
Saldo der Ein- u. Auszahlungen	"	"	"	+ 60,1	+ 83,6	+ 79,0	+ 51,3	+ 59,7	+ 70,3	+ 119,8	+ 150,7	+ 117,5	+ 108,4	+ 104,7	+ 85,2	+ 114,0	+ 24,8	.
Emissionen																		
Aktien	DBR	Mill. DM	S	3,1	3,8	1,7	3,0	1,0	1,6	1,6	0,7	1,1	5,3	1,0	5,8	8,1	4,8	1,5
Festverzinsliche Wertpapiere	"	"	"	132,0	451,4	55,0	261,5	1,5	5,0	38,0	41,5	30,0	56,0	15,0	46,0	63,0	38,0	114,0
Boden- und Kommunal- Kreditinstitute																		
Umlauf an Schuldverschreibung.	DBR	Mill. DM	E	113,6	131,0	152,3	173,0	190,6	214,0	244,9	259,8	278,3	307,5	325,3	346,3	377,7	402,5	427,5
Hypothekenbanken	"	"	"	62,2	71,0	81,4	91,7	99,7	112,6	127,7	138,5	150,7	161,6	170,8	179,8	189,4	198,8	.
Öfftl. rechtl. Kreditanstalten	"	"	"	48,2	56,2	65,0	74,2	83,3	92,1	106,3	111,7	119,7	138,0	146,4	157,6	177,2	191,6	.
Schiffpfandbriefbanken	"	"	"	3,2	3,8	5,9	7,1	7,6	9,3	10,9	9,6	7,9	7,9	8,1	8,8	11,1	12,2	.
Darlehensbestand, insgesamt	"	"	"	222,8	283,8	392,9	482,6	586,0	684,3	828,0	917,5	1024,1	1148,8	1239,4	1336,4	1458,8	1618,2	1776,8
Deckungsdarlehen	"	"	"	96,2	117,0	143,5	177,6	206,1	238,6	316,8	361,8	421,0	499,2	563,2	614,7	678,0	764,5	.
Darlehen aus öfftl. Mitteln	"	"	"	88,5	119,7	196,7	245,0	302,7	357,4	446,5	485,8	518,7	563,5	579,0	623,0	675,4	742,8	.
Sonstige Darlehen	"	"	"	38,2	47,0	52,6	60,0	77,2	88,3	64,7	69,9	84,5	86,1	97,2	98,7	105,5	110,8	.
Sonstige Ausleihungen	"	"	"	89,3	116,1	93,2	96,4	88,8	108,8	98,0	111,5	130,5	153,1	170,9	180,0	226,9	240,5	.
dar. Darlehen an Sparkassen	"	"	"	.	.	.	.	.	.	56,8	65,3	82,6	103,5	120,5	135,1	164,2	175,1	.
Kreditsicherheit																		
Wechselproteste bei Landes- zentralbanken u. Geldinstitut. ⁹⁾	DBR	Anzahl	S	10060	9497	9210	9450	9880	10772	11688	11598	13224	17370	17450	18985	20591	19548	.
Vergleichsverfahren	"	1000 DM	"	11669	9754	9490	9520	9387	10579	10820	10838	12535	15856	14833	15940	15073	13705	.
Konkurse	"	Anzahl	"	141	125	121	109	108	109	103	117	116	187	155	170	160	173	.
	"	"	"	301	319	259	271	268	275	282	328	361	422	301	393	404	367	.
Aktienkursniveau																		
Kursdurchschnitt für Grundstoffindustrien	⁹⁾ VWG		E	22,42	21,38	21,70	26,10	40,47	54,26	64,16	61,38	59,54	54,00	58,45	56,31	56,05	59,63	62,22
Eisen- und Metallbearbeitung	"		"	31,21	30,39	30,32	33,76	45,89	54,93	62,51	64,83	63,76	59,58	61,35	60,45	62,35	62,53	64,71
Sonstige verarbeit. Industrien	"		"	44,33	43,47	44,09	48,70	56,57	66,78	72,33	76,86	77,41	73,40	74,29	73,36	74,18	73,91	75,81
Handel und Verkehr	"		"															